

Stoppt den sozialen Niedergang!

Hartz IV-Zumutungen, Niedrig- und Hungerlöhne beenden. Sozialkassen und öffentliche Versorgung sichern.

1. Verfälschung der Arbeitslosenzahlen schafft für alle Betroffenen keine besseren Lebensverhältnisse

Der angebliche „Aufschwung am Arbeitsmarkt“, die Abnahme der offiziellen Arbeitslosenzahl ist auf billige und unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Mini und Midi-Jobs, Parken der „Kunden“ der Bundesagentur für Arbeit in Maßnahmen und Herausdrängen aus dem Bezug (Bereinigung der Arbeitslosenzahlen) erreicht worden.

2. Niedriglohn schafft keine Arbeitsplätze und ist keine Chance für Erwerbslose. Wir fordern:

Wenn kein Arbeitsplatz zu einem Mindestlohn von mindestens 10 Euro zur Verfügung steht, soll der Betroffene ohne Schikanen und Kürzungsandrohungen wirklich existenzsichernde Lohnersatzleistungen bekommen.

Arbeitslosigkeit darf nicht mehr mit der Drohung von Schikanen und Herausdrängen aus der Gesellschaft verbunden sein.

Wir fordern einen **Arbeitslosengeld II-Regelsatz von 500 Euro (repressionsfrei)** und einen **gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro**.

3. Mischformen von staatlicher und privater Beschäftigung lehnen wir ab!

Entweder sei jemand beschäftigt bei einem privaten Arbeitgeber, mindestens zum gesetzlichen Mindestlohn, oder beschäftigt in einer öffentlich finanzierten Beschäftigung bzw. im öffentlichen Dienst. Dies zum gesetzlichen Mindestlohn oder tarifiert, wo der Tarif über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt.

Kein privater Arbeitgeber soll sich seinen Mehrwert durch die Unterstützung aus dem Gemeinwesen finanzieren lassen. Er würde sich unter dem Strich die nicht gezahlten Lohnbestandteile aus den Zahlungen der anderen Lohnabhängigen finanzieren lassen. Kombilöhne verleiten zwangsläufig dazu, dass immer mehr Arbeitgeber von diesem Vorteil profitieren wollen. Schon die derzeitigen Hartz IV-Gesetze befördern diese Mitnahmementalität. Kombilohn führt gesamtgesellschaftlich zu Lohndumping.

Statt ein Unternehmen staatlich zu subventionieren, ist die bessere Möglichkeit, diese Arbeitsplätze und die Leistungen und ihren Erlös direkt staatlich zu organisieren.

Momentan gibt es Modellversuche zu Bürgerarbeit und die Einführung von Kombilöhnen. Hartz IV wird Schritt für Schritt weiter verschärft. Diese Modelle, ebenso wie Althaus-Bürgergeld, also nicht-bedingungsloses, weil nicht existenzsicherndes, Grundeinkommen von derzeit 600 Euro, sind Mogelpackungen.

Diese verkleideten Verschärfungen der Zwangsmaßnahmen, zur weiteren gesellschaftlichen Durchsetzung von Rechtlosigkeit und Armut, lehnen wir ab.

4. Wir fordern die schrittweise Einführung einer allgemeinen 30-Stundenwoche, um alle notwendige Arbeit zum Wohl aller Menschen auf mehr Schultern zu verteilen.

Statt weiterhin Geschenke zu bekommen, damit sie Arbeitsplätze schaffen (was sie niemals konsequent tun werden), müssen die Unternehmen angemessen besteuert

werden, damit das Geld dem Gemeinwesen zur Verfügung steht, für einen Ausbau der Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und soziale Sicherheit.

5. Wir fordern eine Veränderung der Steuerpolitik und Ausbau der öffentlichen Dienste

Wir wollen Privatisierungen stoppen und die Verfügung über öffentliche Güter wieder der demokratischen Kontrolle übergeben. Der Ausbau von Bildung und Ausbildung, öffentlicher Infrastruktur, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Kinderversorgung, Altenheimen, verfügbar für alle, ist notwendig. Dies ermöglicht eine Veränderung der Steuerpolitik.

6. Ein gerechtes Steuersystem liegt schon in unserer Schublade:

Im Mai 2004 wurde von attac und ver.di ein Konzept für eine solidarische Einfachsteuer (SES) entwickelt. Dieses ist bisher nicht umgesetzt. Es erlaubt eine gerechte Besteuerung, entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit in Form von Einkommen und hohem Vermögen (oberhalb 500.000 Euro), durch Vereinfachungen der Besteuerung für Kleinunternehmen, stoppen von Steuerschlupflöchern, die besonders die großen Konzerne nutzen, und eine geschlechtergerechte Besteuerung durch Ablösung des Ehegattensplittings. Es erlaubt, öffentliche Leistungen zu finanzieren und vor allem die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

7. Gemeinsam wollen wir die Demokratie retten.

Es geht nicht „nur“ um Lohn und Geld: Armut und Demütigung gefährden die Gesellschaft. Eine Gesellschaft ist die Gesamtheit der Entscheidungen und des Wirkens aller ihrer Mitglieder. Wenn Menschen in ihrem Leben immer mehr Unrecht gegen sich selbst erfahren, können sie immer weniger eine gerechte demokratische Gesellschaft denken. Sie werden anfällig für einfache und Minderheiten ausgrenzende Lösungen.

Wir wollen gemeinsam verhindern, dass noch einmal eine Demokratie und ihr Sozialsystem auf deutschem Boden durch sogenannte Sparpolitik, Lohndumping und Geschenke an die Unternehmen zugrunde gerichtet wird.

Wir sind unterschiedlich, wir haben einen gemeinsamen Wunsch, wir sind uns über den Weg dorthin weithin einig.

Daher werden wir für dieses Anliegen mit allen geeigneten Mitteln kämpfen, und wir werden unter anderem mit sehr unterschiedlichen zuspitzenden oder demonstrativen Aktionen, aus allen unseren Bereichen heraus, an unserem Ort, gemeinsam mit allen interessierten Kräften, am 29. Oktober 2007 unser Anliegen in die Öffentlichkeit tragen.